

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Sohndorf, Adlik, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllen, Stahnschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 67.

Supplementorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang.
Sonnabend, den 22. März

Verbreitetste Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtag, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 8 Mk. durch die Post bezogen 8 Mk. 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Engel-Strasse 5b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Buchhändler entgegen. — Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 26, für auswärtige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Reklamazeile 60 Pfg. — Fernsprech-Anschluss Nr. 7. — Im amtlichen Teile sollte die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Margarine-Verkauf in Callenberg

Sonnabend, den 22. März. 50 Gramm für 21 Pfg. gegen Landes-Zettkarte — Marke G. Nr. 1—900 bei Bramser, Nr. 901—1800 bei Poser, Nr. 1801—2700 bei Wagner, Nr. 2701—Schluß bei Tröger.

Fleisch-Verkauf

Sonnabend, den 22. März bei Härtig, Schubert, Schramm und Michael. Erwachsene 150 Gramm — Kinder unter 6 Jahren 75 Gramm. Gastwirte und Umlauber nur bei Schubert.

Der Diätenauschuss für Callenberg.

Bezirksverband.
Nr. 2210 Co.

Durch die Erhöhung des Erzeugerhöchstpreises für Grünkohl

in der Bekanntmachung der Reichsstelle vom 26. Februar (Nr. 52 des Deutschen Reichsanzeigers; abgedruckt in der Sächsischen Staatszeitung und sämtlichen Amtsblättern,) hat sich auch eine entsprechende Erhöhung des Groß- und Kleinhandelspreises für dieses Gemüse erforderlich gemacht.

Erzeugerpreis:
Vertragsfreie Ware: Vertrags-Ware: Großhandelspreis: Kleinhandelspreis:
Grünkohl 13,50 Mk. 14,— Mk. 18,50 Mk. 23,50 Mk.

Glauhaus, am 15. März 1919.

Amtshauptmann Freiherr v. Weick.

Kurze wichtige Nachrichten.

* „D. B.“ meldet: Als Opfer der Berliner Unruhen sind bis jetzt 222 Tote nach dem Schanhaus in der Hannoverischen Straße gebracht worden. Darunter befinden sich 80 Frauen und Mädchen. Die Gesamtzahl der Toten läßt sich immer noch nicht feststellen. Man weiß zum Teil noch gar nicht, wo überall noch Leichen vorläufig geborgen sein werden.

* Sonnabend nachmittag wird eine Versammlung der sächsischen Abgeordneten der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung sowie Vertreter der Reichsregierung eingehend über die ober-schlesische (Hochsch-polnischen) und die anderen Ostfragen beraten. Man will die Haltung Deutschlands, die es zu den erwählten Fragen im gegenwärtigen Augenblick und auf der Friedenskonferenz einnehmen soll, feststellen.

* Der frühere Kaiser Karl wird jedenfalls seinen Aufenthalt in der Schweiz nehmen.

* Das Reichskabinett hat der „Voss. Ztg.“ zufolge in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzes zu beauftragen, das die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen herbeiführen soll.

* Die Uneinigkeit auf der Friedenskonferenz über die Frage, ob der Völkerbund-Entwurf in die Vor-Friedensbedingungen aufgenommen werden soll oder nicht, dauert an. Ein Korrespondent behauptet, daß England sich entschieden auf die Seite Wilsons gestellt habe, sodas Frankreich und Italien allein stehen. Der Korrespondent der „Daily News“ in Paris sagt, wir stehen vor sensationellen Enthüllungen.

* In der Unterhaus-Sitzung vom 17. d. M. sagte Bonar Law in Beantwortung einer Anfrage, die Regierung habe nicht die Absicht, dem Feinde größere Zahlungen aufzuerlegen, als er nach amtlicher Erklärung zu leisten imstande sei.

* Nach einer Meldung aus Paris sei Polen freier Zugang zur Ostsee bewilligt, damit ein Landstreifen längs der Weichsel.

* Die preussische Regierung legt lebhaften Protest ein gegen die Annexionswünsche Frankreichs auf belgischer Gebiet und die beabsichtigte dauernde französische Kontrolle über den Rhein von Baden bis Mannheim.

* Der Oberste Kriegsrat ernannte einen Ausschuss zur Vorbereitung der Liquidierung des deutschen Kolonialbesitzes und zur Ausarbeitung eines Systems der Kolonialmandate für diese Besitztümer.

* Der englische Generalstreik wird für den 22. März angekündigt. In der französischen Arbeiterschaft zeigt sich eine lebhaftere Bewegung für den Achtstundentag.

Die amtliche Denkschrift über die Folgen der Hungerblockade.

Vom Reichsgesundheitsamt ist jetzt eine Denkschrift herausgegeben worden unter dem Namen „Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feind-

liche Blockade“, die eine Anlage-Schrift von vernichtender Beweiskraft über die Hungerblockade, die gegen Deutschland von der Entente verhängt wurde, darstellt. Die Denkschrift stellt zunächst fest, daß das deutsche Volk statt der notwendigen täglichen 3300 Wärmekalorien seit Herbst 1918 mit 1300 bis 1000 Wärmekalorien hat auskommen müssen. Die Folgen dieser Unterernährung äußern sich in einer Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung, die gegen das Friedensjahr 1913 37 Prozent beträgt.

Die vom Reichsamt genau festgestellte Ziffer der Blockadeopfer während des Krieges heißt 762 796. Durch die Fortdauer der Blockade steigt die Zahl der Opfer fortwährend. Bei den Kindern beträgt die Zunahme für solche von 1 bis 5 Jahren 49,3 und für solche von 5 bis 15 Jahren 55 Prozent. Besonders deutlich wird der furchtbare Einfluß der Blockade, wenn man die einzelnen Krankheiten betrachtet.

Die Denkschrift erörtert weiter die Folgen des Mangels an Heilmitteln und Verbandstoffen, der Verengerung der menschlichen Arbeitskraft usw. Rechnet man die Schädigungen der Blockade um in Schädigung des deutschen Nationalvermögens, so ergibt sich ein Gesamtschaden von mehr als 54 Milliarden 600 Millionen Mark.

Es ist wohl selbstverständlich, daß die deutschen Teilnehmer an den Friedensverhandlungen sich dieses furchtbaren Belastungsmaterials aufs nachdrücklichste bedienen werden, um gemäß den Wilsonschen 14 Punkten auch für diese Opfer Deutschlands eine „Wiedergutmachung“ zu fordern.

Die Hamburger Seeleute als Vaterlandsverteidiger.

Durch den Beschluß der Hamburger Seeleute, das Auslaufen unserer Handelschiffe zu verhindern, wird, wenn nicht in letzter Stunde noch eine Meinungsänderung der Seeleute eintritt, die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine baldige Versorgung mit Lebensmitteln durch die Alliierten vernichtet. Der Regierung wird es obliegen, mit dem Aufgebot äußerster Energie den Versuch zu machen, eine Wandlung im Standpunkt der Seeleute durchzusetzen. Die Versammlung war fast ausschließlich beherrscht durch den Deutschen Seemannsbund, der hier in Hamburg besonders stark vertreten ist und durchaus radikal angelaunt ist. Die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute hatten sich bereit erklärt, eine genügende Anzahl von Seeleuten für die Bemannung der Schiffe zu stellen. Bezeichnend für den Geist der in der Versammlung des deutschen Seemannsbundes herrschte, ist der Ausspruch eines Redners, welcher erklärte, es würde gar nichts schaden, wenn Deutschland von der Entente keine Lebensmittel erhalte. „Dann würden wir von Rußland Lebensmittel erhalten.“ Man müsse sich möglichst schnell mit Rußland befreundeten, dann komme der Bolschewismus.

Der Deutsche Seemannsverband sucht die Arbeitswilligen von der Anwerbung fernzuhalten. Dieses Verhalten des Seemannsverbandes ist als denkbar völkerverfeindlich. Es schädigt nicht nur das deutsche

Volk auf das allerschwerste, es setzt auch die deutschen Seeleute der Gefahr aus, daß sie auf ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von den Alliierten heruntergenommen werden. Das Verhalten des Deutschen Seemannsverbandes kann daher nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Es ist von den übrigen Arbeitern in Hamburg und Bremen zu erwarten, daß sie gegen dieses arbeitsfeindliche Treiben mit allem Nachdruck auftreten.

Die Regierung gegen den Seemannsbund.

Berlin, 20. März. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um die arbeitswilligen Seeleute des Transportarbeiterverbandes, die gegenüber dem Seemannsbund weitläufig in der Mehrzahl sind, mit den staatlichen Nachmitteln gegen Gewalttätigkeiten zu schützen. Der Seemannsbund hat nur geringe Bedeutung. Maßgebend ist allein der Transportarbeiterverband, dessen Mitglieder unter den bekannten Bedingungen sich bereit erklärt haben, auszufahren.

13. Sitzung der sächs. Volkstammer.

Dresden, 20. März 1919.

133. Auf der Tagesordnung der heute nachmittag 1.15 Uhr beginnenden Sitzung steht: „Regierungserklärung“. Für die Regierung spricht Ministerpräsident Dr. Gradnauer, indem er u. a. ausführt, daß auf seinen Wunsch die bisherigen Mitglieder der Regierung ihre Ämter weiter beibehalten haben, und er an seine Stelle zum Minister des Innern den bisherigen Vg. der Volkstammer Uhlig (Sg.) ernannt hat. In der nun folgenden Regierungserklärung betont er das Festhalten der Regierung an der am 18. November 1918 erlassenen Proklamation „An das sächsische Volk“, in der es heißt: „Die Arbeiterklasse braucht nicht nur politische Rechte, sondern ebenso die Befreiung aus ökonomischer Bedrückung, die in vollem Umfang nur der Sozialismus bringen kann.“ Weiter betont er, daß die Regierung des Freistaates Sachsen für den Ausbau und die Stärke des Reiches, sowie für die Erhaltung und Fortführung der durch die Revolution herbeigeführten demokratischen Errungenschaften eintritt. Die weiteren Ausführungen besagen, daß die Regierung bereit ist, der Lebenslage der Beamten und Staatsarbeiter besondere Beachtung entgegenzubringen, der Arbeiterschaft in weiterem Maße als bisher Einfluß auf die Gestaltung und Entwicklung der Betriebe zu gewähren und sich mit besonderer Sorgfalt des sächsischen Wirtschaftslebens anzunehmen. Den Mängeln in der Erwerbslosenfürsorge wird sobald als möglich durch die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Arbeitslosenversicherung von Reich wegen abgeholfen werden. Nachdem er noch zum Schluß zu die Einsicht und Besonnenheit des Volkes appelliert, in freier Selbstsucht das Heil der jungen Freiheit zu schützen, wird die Sitzung um 2 Uhr geschlossen, da auf Vorschlag des Präsidenten Fräßdorf eine Aussprache über die Regierungserklärung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, Montag, den 24. März, nachmittags 2 Uhr gesetzt wird.